Nummer 183 — Halle, Donnerstag, den 7. August 1924 — 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22813. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Das bayrische Finanzministerium hat seinen Beamten untersagt, politische Abzeichen irgendwelcher Richtung im Dienste zu tragen.

*

Die Anhaltische Regierung sieht in ihren Ausführungsbestimmungen für die Spargutbaben eine Aufwertung von etwa 3 Prozent vor.

*

Der Senior der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Geheimrat Professor Dr. Kahl, feierte am 4. August mit seiner Gattin das Fest der goldenen Hochzeit.

*

Die Regierung in Kassel hat den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf Abbau des Oberbürgermeisters Scheidemann als ungesetzlich mit aufschiebender Wirkung beanstandet, da der Beschluß nicht mit der notwendigen Bestimmtheit erkennen ließ, ob die Stadtverordneten die Stelle oder den Stelleninhaber abbauen wollen.

*

Reichsgesetzlich ist der 11. August kein gesetzlicher Feiertag. Es ist den Ländern überlassen, zu bestimmen, ob und wie der Verfassungstag gefeiert werden soll. In Preußen sind die Beamten dienstfrei, um an den Verfassungsfeiern teilnehmen zu können.

*

Der Stadtrat in München beschloß in seiner gestrigen Sitzung, daß das Oktoberfest in diesem Jahre nicht abgehalten werden soll, da die Landwirtschaft wegen finanzieller Schwierigkeiten die Beteiligung ablehnen müßte.

*

In Greifswald fand eine kommunistische Antikriegskundgebung statt, in der der Franzose Henry Barbusse sprechen sollte. Gleich zu Beginn der Sitzung kam es zu einem Handgemenge, das sich auf der Straße fortsetzte und in dessen Verlauf einige Schüsse fielen. Wie es heißt, soll Barbusse noch in der Nacht unter starker Bedeckung durch deutsche Beamte aus der Stadt abgeschoben worden sein.

*

In Neuyorker Börsenkreisen verlautet, der Ausgabekurs der Deutschland-Anleihe werde vermutlich 90, der Zinssatz 7 Prozent sein. Das Bankensyndikat, das die Unterbringung der Anleihe übernehmen soll, wird sich aus elf führenden Neuyorker Bankfirmen, an der Spitze das Haus Morgan, zusammensetzen.

*

Morrow, der Teilhaber der Morgan-bank, äußerte in einer Ansprache, daß die Unterbringung der interalliierten Anleihe von den kleinen Kreditinstituten abhänge und daß der Anleihe bei der Bevölkerung der privaten Darlehnsgeber ein Mißerfolg beschieden sein werde. Damit würde gleichzeitig der Plan zum Aufbau der Welt hinfällig. Wie aus London mitgeteilt wird, sind die englischen Bankiers sehr viel weniger optimistisch als die Amerikaner Lamont und Kahn.

*

Coolidge plant eine neue Abrüstungskonferenz unmittelbar nach Inkrafttretung des Dawesgutachtens. Die neue Konferenz würde sich hauptsächlich mit der Abrüstung der Land- und Luftstreitkräfte sowohl als auch der Unterseeboote beschäftigen.

*

Der holländische Minister für auswärtige Angelegenheiten ließ dem Völkerbund die Antwort über den vorgeschlagenen Garantiepakt zugehen. Da nach Ansicht der holländischen Regierung der Plan die Abrüstung nicht fördert, lehnt sie ihn ab.

*

In der für heute abend zu erwartenden Zusammenkunft des faszistischen Direktoriums in Rom wird sehr wahrscheinlich der radikalen Richtung Rechnung getragen werden. Die Aufnahme des Extremisten Farinacci in das Direktorium wird als sicher angenommen.

*

Die Nachricht, nach der die englisch-russische Konferenz erfolgreich beendet worden sei, stellt sich als falsch heraus. Die Konferenz ist vielmehr nach einer ergebnislosen Nachtsitzung gescheitert. Die Sowjetdelegation erklärte sich außerstande, die in Artikel 14 des Vertragsentwurfes angebotenen Konzessionen und Abänderungen zu billigen.

*

Nach einer Meldung aus Moskau ist im Wolgagebiet eine fürchterliche Choleraepidemie unter der hungernden Bevölkerung im südlichen Teil des Wolgagebietes ausgebrochen. Besonders stark wütet die Krankheit im Gouvernement Saratow. Medikamente und Aerzte fehlen fast vollständig.

*

Der Führer der indischen Nationalisten, Ghandi, der auf einer Europareise begriffen ist, befindet sich auf dem Wege nach Berlin, wo er eine Woche zu bleiben gedenkt, um dann nach London weiterzureisen.

London, 2. Akt.

Macdonald und Marx.

Die erste Sitzung mit den Deutschen.

London, 5. August. Heute mittag 12 Uhr fand die erste Vollsitzung der Londoner Konferenz unter Teilnahme der deutschen Delegation statt. Ministerpräsident Macdonald eröffnete in seiner Eigenschaft als Präsident die Sitzung und begrüßte die deutsche Delegation und wies darauf hin, daß die Konferenzteilnehmer sich der Verantwortlichkeit bewußt sein müßten, daß mit Rücksicht auf den allgemeinen Wunsch nunmehr endlich der Versuch unternommen werden müsse, die Verpflichtungen zu erfüllen, mit denen man sich gegenseitig durch seine Unterschrift bekunde, daß diese Unterschrift erst dann vollzogen würde, wenn jede Partei angehört worden wäre. Macdonald gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich zum Vorteil der freundschaftlichen Gefühle zwischen allen europäischen Mächten eine recht schnelle Lösung ermöglichen werde. Hierauf ergriff

der Reichskanzler Dr. Marx

das Wort, dankte im Namen der deutschen Delegation für die freundliche Begrüßung und fuhr fort: Die Deutschen sind davon überzeugt, daß das Schicksal Deutschland und der europäischen Völker von der Lösung der jetzigen Fragen abhängig ist, die nur möglich ist, wenn man allerseits den festen Willen zur Verständigung hat und wenn sie

auf dem Boden des unbeirrbaren Rechts

behandelt werden. Die Wiederherstellung des vollständigen Vertrauens ist eine unbedingte Voraussetzung für das erfolgreiche Zusammenwirken der Nationen. Sobald die wesentlichen Positionen für eine freie wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands geschaffen sind, wird das deutsche Volk seine Kraft daran setzen, die von ihm verlangten schweren Verpflichtungen zu erfüllen.

*

„Times" schreiben: Das Abkommen der Alliierten bedeute in keiner Weise ein Diktat für Deutschland, denn es könne nur mit Deutschlands Zustimmung angewendet werden. Es heiße, daß die Forderungen, die die Deutschen vorbringen werden, sich hauptsächlich auf die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und die Auslieferung und Rückkehr der Gefangenen beziehen werden. Diese Forderungen seien logisch und berechtigt und es werde die Aufgabe der Konferenz sein, ein allmähliches Zusammenwirken in der Durchführung des Sachverständigenplanes herbeizuführen. Es sei natürlich vollkommen klar, daß die Deutschen volle Freiheit haben werden, ihre Ansichten darzulegen, und daß sie, wenn es dazu komme, das Endprotokoll zu unterzeichnen, sie nicht in dem Argwohn zu sein brauchten, daß sie unter Druck handelten.

Auch „Daily News" betonen, daß die Deutschen ihren Platz am Beratungstisch der Alliierten unter der Bedingung der Gleichberechtigung einnehmen würden. **Es sei, wie Macdonald in seiner Rede erklärt habe, ihre Sache, die bisher erreichte Grundlage für ihre eigene Wohlfahrt und ihren Fortschritt auszunutzen.**

* * *

Drei Konferenzen nebeneinander.

Paris, 6. August. Von heute an werden in London drei Konferenzen nebeneinander hergehen: 1. die Konferenz zwischen den Deutschen und Alliierten; 2. die interalliierte Konferenz und 3. die Konferenz zwischen den Deutschen und der Reparationskommission. Die interalliierte Konferenz hat noch drei Fragen zu regeln: über das Verbleiben der französisch-belgischen Eisenbahner im Ruhrgebiet, die Frage der Auslegung des Dawes-Planes und die Abfassung des Protokolls der Konferenz. Man könnte sich wundern, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes nicht genannte wurde. Diese Frage soll keinesfalls von den Vollsitzungen aufgerollt werden, wenigstens soweit die französischen Wünsche in Betracht kommen. Herriot will sie vielmehr mit der deutschen Delegation allein erörtern.

*

Die Deutschen in die Ausstellung geladen.

London, 6. August. Die britische Regierung hat die deutschen Delegierten eingeladen, die Ausstellung in Wembley zu besuchen. Es darf angenommen werden, daß die deutschen Delegierten dieser Einladung Folge leisten werden.

* * *

Lloyd George spricht.

London, 5. August. Im Unterhause hielt Lloyd George eine längere Rede, in der er u. a. ausführte: Die Räumung des Ruhrgebietes sei eine Frage von erstklassiger Bedeutung, die Deutschland mehr bewege als irgendetwas anderes. Mac Donald vertrete die Ansicht, die seiner Meinung nach von jedermann im Unterhause geteilt werde, daß **die Invasion des Ruhrgebietes ein ungesetzlicher Akt und ein Verbrechen an nationalen Rechten gewesen sei.** Die Verlängerung der Ruhrbesatzung um zwei Jahre wäre eine sehr ernste Frage.

Lloyd George verlangte deshalb Mitteilungen bezüglich der Räumung des Kölner Gebietes durch die britischen Truppen, da die im Versailler Vertrag vorgesehenen fünf Jahre im kommenden Januar zu Ende gehen. Dieser sehr wichtige Punkt bilde eine Garantie für die **britische Aufrichtigkeit in der Durchführung des Friedensvertrages. Man könne Deutschland gegenüber** nicht auf jeder ihm auferlegten Verpflichtung bestehen und immer dann **ablehnen, wenn irgendetwas für Deutschland in der Frage Günstiges sich zeige.** Das sei ein unmöglicher Zustand. Angesichts des freundlichen Verhältnisses zwischen den britischen Truppen und der Zivilbevölkerung in Köln, würde ein falsches Vorgehen in der Räumungsfrage nur eine Verwickelung hervorrufen und auch das gesamte Werk Mac Donalds gefährden.

Die Anwesenheit des Amerikaners als volles Mitglied in der Reparationskommission werde bedeuten, daß dann Frankreich, Belgien und Italien müßten, daß sie im Falle einer besonderen Aktion die beiden größten Weltmächte gegen sich haben würden. Es sei von höchster Bedeutung, daß klar verstanden werde, daß keine Macht separate Aktionen unternehmen könnte. **Niemand könne heute sagen, wieviel Deutschland in fünf Jahren zahlen könne, und keine einzige Macht dürfe in der Lage sein, von sich aus einen Krieg zu erklären.** Er hoffe, daß Mac Donald klar vereinbaren werde, daß die Alliierten zusammen handeln müssen und daß im Falle von Meinungsverschiedenheiten die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtes oder des Völkerbundes oder einer andern Autorität eingeholt werden müsse.

Man dürfe aber auch nicht vergessen, daß Frankreich sein Budget jährlich mit gewaltigen Summen belasten müsse, um die ihm von Deutschland zugefügten Schäden wiedergutzumachen.

Mac Donald erwiderte, aber er wich jeder wirklichen Erklärung aus.

Englisch-mexikanischer Zwischenfall.

Nachdem vor kurzem der Hinauswurf des englischen Geschäftsträgers aus Mexiko in London helle Empörung auslöste, hat sich jetzt das englisch-mexikanische Verhältnis durch die Ermordung der Frau Rosalie Evans, einer englischen Gutsbesitzerin in Mexiko, um einen weiteren Grad verschärft. Dieser Mord, der eine Folge der fortgesetzten Differenzen zwischen beiden Staaten ist, dürfte nun aller Wahrscheinlichkeit nach zu außerordentlich ernsten Verwicklungen führen, da auch gleichzeitig die Vereinigten Staaten an diesem Fall mit interessiert sind.

Der ganze mexikanisch-englische Konflikt, der nun schon Jahre andauert, rührt einzig und allein daher, daß sich England bis heute geweigert hat, den Präsidenten Obregon anzuerkennen. Die sich aus dem Mord ergebenden diplomatischen Scherereien werden natürlich die Situation Englands keineswegs bessern, vielmehr den Feinden Großbritanniens neue Nahrung zu einer ausgedehnten antienglischen Propaganda geben.

Bedauerlich an dem ganzen Vorfall ist auch, daß der deutsche Inspektor der Frau Evans ein Opfer des Mordanschlages geworden ist. Im Hinblick auf die guten deutsch-mexikanischen Beziehungen darf man wohl annehmen, daß die mexikanische Regierung nicht versäumen wird, volle Genugtuung zu geben und die Schuldigen mit der ganzen Strenge des Gesetzes zu bestrafen.

Paris, 6. August. Die Ermordung der Frau Evans wird zweifellos noch ein großes politisches Nachspiel haben. Der amerikanische Gesandte erhob bereits schärfsten Einspruch bei der mexikanischen Regierung im Auftrage Großbritanniens. Präsident Obregon versprach vollste Genugtuung. Frau Evans ist eine geborene Amerikanerin, die durch Heirat die englische Staatsangehörigkeit erworben hat.

Kommunistenunruhen in Bulgarien.

Aus Berliner bulgarischen Kreisen wird uns geschrieben: Im harten Kampfe gegen den Kommunismus, der in Rumänien und auf dem ganzen Balkan mehr und mehr an Boden gewinnt und der die Sicherheit und Ruhe in allen Balkanstaaten bedroht, haben sich in Bulgarien in mehreren Städten die Bürger zusammengetan, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. In Bracigowo haben die Kommunisten den Versuch gemacht, die Kommune auszurufen. Dank des energischen Widerstandes, den die organisierte Bürgerschaft geleistet hat, ist die Aktion noch ohne Erfolg geblieben. Die Nachrichten, daß die bulgarische Regierung die Armee ohne Erlaubnis der interalliierten Kommission verstärkt und Reservisten unter die Waffe gerufen habe, entbehrt jeder Begründung. Es handelt sich dabei um bürgerliche Organisationen, die sich der Regierung zur Verfügung gestellt haben, um die Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten.

Import von Sonnenenergie.

Von Dr. G. W. Schiele, Naumburg.

1. Die magnetische Kraft der menschlichen Energie.

Der einzige Reichtum Deutschlands ist ein Ueberfluß an Menschen. Aber ist denn dies Reichtum und nicht viel mehr Armut? Menschen ohne unzureichendem Unterhalt? Jede Masse Mensch braucht ein ganz bestimmtes Areal Erdoberfläche, eine bestimmte Quantität Fruchtbarkeit derselben, eine bestimmte Menge Sonnenenergie, die sich in Nährstoff verwandeln muß. Und braucht noch andere Rohstoffe von dieser Oberfläche, wenn sie sich am Leben erhalten will.

Unser Deutschland ist arm an Rohstoffen. Alle großen Kulturvölker erhalten von Mutter Erde angeboten, was sie brauchen, im Ueberfluß, z. B. die Amerikaner von ihrem unerschöpflichen Erdteil, wo es noch unendliche, nicht angebaute weizenfähige Flächen gibt; desgleichen die Engländer, die ihr großes Kolonialreich haben.

Wir haben von allem — außer von Kohle und Kali —, weniger, als wir brauchen. Wir sind recht eigentlich das Proletarievolk unter den andern, vergleichbar den Indern und Chinesen, überantwortet der intensivsten Arbeit mit Spaten und Pflug und Maschine, um uns am Leben zu erhalten.

Aber dem Geiste nach sind wir doch grade etwas ganz anderes als jene Völker, vergleichbar eher jenen nordischen Völkern, den Wikingern, Normannen und Nibelungen, die im dunklen, armen, nordischen Lande wohnen, in der Armut zäh, stark, unternehmend, abenteuerlustig geworden, entschlossen zu dem Wagnis, einen Teil ihres Lebens auf die Schiffe zu verlegen und sich den Teil Sonnenenergie, den ihnen die Heimat verweigert, von weither hereinzuholen.

Schließlich ist menschliche Energie die Quelle alles Reichtums, sie zwingt die Sonnenenergie zu sich heran. Alle Rohstoffe der Erde, Wolle in Australien, Baumwolle in Aegypten, Gummi, Kupfer, Leder — sie sind alle nichts, wenn sie nicht in Berührung gebracht werden mit menschlichen Händen und Gehirnen.

Darum hat menschliche Arbeitskraft eine wunderbare magnetische Kraft der Anziehung auf alle Rohstoffe der Erde. Diese schlummern nutzlos in der Erde; aber wenn sie die magnetische Kraft fühlen, so erheben sie sich, werden sichtbar, fangen an zu wandern, über Gebirge und Meere, bis sie die menschliche Intelligenz gefunden haben und den Webstuhl, an dem sie arbeitet. Darum sage ich: der kostbarste und edelste und fruchtbarste Rohstoff der Arbeit ist die menschliche Arbeitskraft selbst.

Deutschlands eigentlicher Reichtum ist eine hochgeschulte, wohlorganisierte, mit dem Geist der nationalen Wirtschaft wieder versöhnte, zum Wirtschaftsfrieden zurückgekehrte, ihrer gewaltigen Kraft bewußt gewordene — Arbeiterschaft. Was ich in anderen Briefen als die lebendige Last beschrieben habe, das müssen wir, können wir umschaffen in den lebendigen Reichtum Deutschlands. Unsere politische Stärke liegt jetzt darin, daß das ganze deutsche Volk jetzt nur Arbeiterschaft geworden ist. Materiell sind wir ein proletarisiertes Volk geworden, — geistig aber wollen wir ein Wikinger Volk sein, dessen Mut und Kraft unter der Herrschaft der kargen Not nur steigt.

Da wir zu wenig Rohstoffe haben, so müssen wir welche importieren, um sie veredelt wieder auszuführen; so können wir von unserer Arbeit leben. Da wir ein Arbeitervolk sind, das leben will, so müssen wir Veredelungsindustrie treiben; dann haben wir die magnetische Kraft zum Import.

2. Landwirtschaft als Veredelungsindustrie.

Auch die Landwirtschaft als die größte und wichtigste Industrie des Landes muß Veredelungsindustrie sein. Sie muß roh importieren und veredelt exportieren. Vor dem Kriege war sie das auch. Wir führten ein: 4 Mill. To. Gerste und Mais, 4 Mill. To. Kleie und Oelkuchen, also Viehfutter, und verwandelten es in Milch, Fleisch, Fett für den eigenen Bedarf und in Zucker und Mehl für die Ausfuhr. Der Tierkörper und der Acker — beides war unsere Veredelungsmaschine. Schließlich war die ganze Landwirtschaft die untere stärkere Hälfte der Veredelungsindustrie überhaupt. Die veredelten Nährwerte aus Acker und Tierkörper gingen in die Menschenleiber. Der Körper der Industriearbeiterschaft verzehrte die Hälfte seines Lohnes, „rund zehn Milliarden Mark", in Nährwerten. Indem er so den größten und wichtigsten Rohstoff in sich aufnahm, bekam er die magnetische Kraft, die anderen notwendigen Rohstoffe Kupfer, Leder, Baumwolle hereinzuziehen: er zahlte mit Intelligenz, d. h. mit optischen Instrumenten, chemischen Arzneimitteln, geistvollen Maschinen und Erfindungen. Export von Menschengeist — Import von Sonnenenergie, das ist der Sinn des Vorganges.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240807016/fragment/page=0001

3. Anreicherung des heimatlichen Bodens durch Import von Sonnenenergie.

Heute ist die Lage folgende:

Wir brauchen in unserem dunklen Lande eine Einfuhr von Sonnenenergie. Wir wollen sie hereinbringen in Form von Futtermitteln. Unsere hochentwickelte Landwirtschaft wird mit jenem Rohstoff Verdedlungsindustrie treiben. Sie verwandelt diese Energie teils in Milch, Fleisch, Fett, Zucker und Mehl, teils in animalischem Dünger. Mit dieser Art Stickstoffzufuhr verbessert sie andauernd die Kultur der Aecker, versteht vom Hektar viermal mehr zu ernten als in den glücklicheren Ländern, wächst und deckt so das Defizit von Sonnenenergie in diesem Lande. Sie steckt eben, wie Ford sagt, „mehr Gehirn" ins Geschäft, und Menschengehirn ist das fruchtbarste Dünge-mittel, welches es in der Welt gibt. Dann halten wir wieder einen Viehstand, viel größer als unsere Ernten erlauben. Dabei aber begnügen wir uns mit viel geringerem Fleischkonsum als vor dem Kriege (26 Ko. pro Kopf; in England und Amerika jetzt 72 Ko.). Dieses wird unserer Gesundheit sehr gut bekommen. Unsere Kinder werden frischer und stärker heranwachsen. Wir werden das beste, frische Fleisch exportieren, ferner Zucker, Molkereiprodukte, Zuchtvieh, Zuchtpflanzen. So werden wir die importierten Sonnenenergien zu einem höheren Geldwerte wieder exportieren, nachdem wir unseren eigenen Bedarf daran gedeckt haben.

Wir sollen uns folgende Folgerungen merken:

1. **Wir sind ein Arbeitervolk mit überzähligen Händen und Gehirnen, das Veredelungsindustrie treiben muß.**
2. **Wir müssen Sonnenenergien zollfrei einführen.**
3. **Wir dürfen nicht Mehl und Fett einführen.**
4. **Wir müssen unseren Fleisch- und Fettverbrauch auf 26 Ko. pro Kopf eingestellt halten.**
5. **Wir müssen veredelte Sonnenenergie wieder ausführen: Geist exportieren, Materie importieren.**

Dann werden wir mit unseren 60 Millionen Menschen in dem kleinen, dunklen Deutschland ein mutiges, starkes, gesundes Dasein führen können. Unseren Söhnen aber wollen wir den Wikingergeist einatmen, welcher sich auf die Schiffe wirft, um heranzuholen, was wir brauchen.

Protest der Landwirtschaft.

Vertreter aller deutschen Landbundorganisationen nahmen in Berlin zur Lage der deutschen Landwirtschaft in einer Entschließung Stellung die gegen die Steuerpolitik der Reichsregierung protestiert. Die Behandlung, die die Zollvorlage bisher durch die preußische und die anderen Länderregierungen erfahren habe, habe zu einer Verspätung der Entscheidung über dies für das Schicksal der gesamten deutschen Landwirtschaft ausschlaggebende Gesetz geführt. Die Resolution schließt mit einer Verurteilung der Londoner Verhandlungen die bisher das Sachverständigengutachten und seine wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen für das deutsche Volk in unerhörter Weise verschlechtert hätten. —

Abnahme der Unfälle im Bergbau.

Ueber die Unfallgefahr im Bergbau sind in der letzten Zeit mehrfach unzutreffende Darstellungen in der Presse verbreitet worden. So wurde dieser Tage in einer in zahlreichen Zeitungen veröffentlichten Notiz geschrieben, daß die Einzelunfälle im Bergbau in den letzten Jahren erheblich zugenommen hätten. Diese Behauptung ist durchaus unzutreffend. Die amtlichen Feststellungen haben erfreulicherweise einwandfrei ergeben, daß die Zahl der Unfälle sowohl die Gesamtzahl der Unfälle wie die Zahl der Einzelunfälle seit einer Reihe von Jahren nicht zugenommen, sondern wesentlich abgenommen haben. Auf 1000 Versicherungsberechtigte ereigneten sich täglich Unfälle 1919 3,12, 1920 2,35, 1921 2,05, 1922 1,96. Die Unfallziffer, auf 1000 Versicherte berechnet, war 1922 die niedrigste seit Bestehen des Bergbaues.

Zur Werkgemeinschaft.

Von Walther Lambach, M. d. R.

Die unser Volk durchziehende Kluft ist nur zu überwinden durch das Aufkommen einer aus der tiefsten Seele deutschen Menschentums geborenen sozialen Werkgemeinschaft, wie ich sie im Oktober 1920 auf dem Hannoverschen deutschnationalen Parteitage als Hochziel unserer politischen und volkserzieherischen Arbeit hinstellen durfte. Ueber dieser begeisterten Riesenversammlung deutschnationaler Führer schwebte der Geist jener mittelalterlichen Werkgemeinschaft, der Bauhütten, die das Maßwerk unserer heiligen Dome zum Himmelsblau emporgetürmt hat. Gemeinschaften ungenannter, in Freiheit und tiefinnerlicher Gleichberechtigung miteinander verbundener Kreise von Werkleuten, die ihr Herzblut in ihr Werk bauten.

Sobald man an die Praxis unseres heutigen Volks- und Wirtschaftslebens herantritt, um im Dienste nationaler Missionsarbeit für das heute Organisationsformen zu finden, steht man alsbald vor harten Tatsachen, die der einfachen Uebersetzung des sozialen Werkgemeinschaftsgedankens in die dem oberflächlichen Betrachter so selbstverständlich erscheinende Organisationsform der „Werkgemeinschaft" den Weg versperren.

Zu einer Gemeinschaft, die Menschen so vereint, daß aus ihr heraus der neue Geist der Volkseinheit über alle scheinbaren und wirklichen Klassengegensätze hinweg geboren wird, gehört lebenslanges Verbundensein.

Das war beim mittelalterlichen Dombau der Fall, war erst recht beim gemeinsamen Auszug ins Ostland der Fall. Da einte das Werk seine Werkleute auf Lebenszeit. Das ist jedoch nicht mehr der Fall bei der modernen kapitalistischen Betriebsweise, in der jeder technische und organisatorische Fortschritt ausgewertet werden muß. Menschen, die vielleicht in Jahrzehnten zu einer innerlichen Gemeinschaft im Werk zusammengewachsen waren, werden abgestoßen und zerstreuen sich wie Spreu vor dem Winde.

Daraus ergeben sich die schier unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten. Alle Versuche, unter Verneinung der in den letzten 30 bis 50 Jahren organisch gewachsenen soziologischen Zusammenfassungen, durch ein neues organisatorisches Rezept die Klassenkluft zu beseitigen, können infolge solcher Tatsachen keine volle Erfüllung bringen. Schließlich haben sich doch auch die modernen Gewerkschaften aus dem Zusammenwachsen lokaler Arbeitervereine entwickelt: Weil das Werk zu selten und zu wenig Heimat seiner Menschen wurde, weil die Arbeiter und Angestellten zu häufig und zu zwangsläufig über die Grenzen eines Werkes hinausgetrieben und aus der Gemeinschaft der dort Tätigen herausgerissen wurden, schufen sie sich die großen Berufsverbände, die ihnen zeitlebens organisatorische Heimat zu bieten vermochten.

Nun stehen Gewerkschaften und Werkvereine als verschiedene Organisationsformen im Kampf einander gegenüber. Dem Werden der wirklichen sozialen Werkgemeinschaft, die sich in unserer komplizierten Zeit ihre endgültige Form erst schaffen muß, dient solcher Kampf kaum. Der Schlüssel der Lage liegt nicht bei den Aposteln bestimmter Organisationsformen, sondern bei den nationalen Unternehmerpersönlichkeiten.

Sobald aus ihren Kreisen Menschen in die Erscheinung treten, die mehr sind als kapitalistische Unternehmer, die Führer sind, Gestalter am deutschen Volkstum, die den Unternehmungen, die sie führen, Formen zu geben vermögen, welche es ihnen erlauben, all den Menschen ihrer Belegschaft wirkliche Treue zu halten, dann wird ihnen ein Treubund der Mitarbeiter zur Seite stehen, der vom Führer nicht zu lassen vermag, weil er endlich seine Sehnsucht nach Führung erfüllt. Das wird ja das Erbe des zusammenbrechenden Marxismus bleiben: Sehnsucht nach wahrhaftem, stolzem, männlichem Führertum, auch im Umkreis des Werkes.

Noch fehlen diese Menschheitsführer im großen und kleinen Unternehmertum. Und solange sie fehlen, werden die Gewerkschaften mit ihren aus dem Kreise ihrer Mitglieder hervorgegangenen Führern wirtschaftliche und politische Wirklichkeiten bleiben. Solange wird es aber auch Aufgabe jeder nationalen Bewegung sein, um den Geist, der in diesen großen Gemeinschaften waltet, zu ringen: Zwischen nationalen und marxistischen Gewerkschaften zu unterscheiden, den nationalen Geist zu stärken, den antinationalen und internationalen zu schwächen. Solches Ringen um den Geist, der diese Massenkörper beseelt, heißt letzten Endes ebenfalls: Vorbereitung sozialer Werkgemeinschaft.

Eine deutschnationale Interpellation.

Die Deutschnationalen haben bei der Reichsregierung in einer großen Interpellation angefragt, was sie zu tun gedenke:

1. um der Reichsverfassung, die am nächsten Sonntag gefeiert werden soll, auch in Preußen zu ihrem Recht zu verhelfen;

2. um die an ihrer geschichtlichen Vergangenheit hängende Bevölkerung vor Provokationen durch die preußische Staatsregierung zu schützen.

Die Interpellation hat natürlich ihre Vorgeschichte, und die ist drastisch genug. Am letzten Sonntag, wo die Toten des Weltkrieges gefeiert werden sollten, hatte die preußische Staatsregierung auf dem Palais des alten Kaisers Scharz-Rot-Gold flaggen lassen. Das Palais ist unstreitig Privateigentum. Einmal, gleich zu Anfang der Revolution, wurde versucht, es zu beschlagnahmen, und die Volksbeauftragten gaben eine entsprechende Verordnung heraus. Aber der preußische Justizminister hatte diese Verordnung wiederholt ein juristisches Monstrum genannt. Die Gerichte haben zudem öfter Verordnungen ähnlichen Inhaltes als ungesetzlich für nichtig erklärt. Auch in diesem Falle werden vermutlich die Gerichte das letzte Wort sprechen müssen, wenn der Reichstag und die Reichsregierung sich nicht entschließen, einfach das Recht zu wahren.

Die blaue Uniform der Schutzpolizei.

Die von der Entente geforderte neue Uniformierung der Schutzpolizei wird am 1. April des nächsten Jahres durchgeführt werden. Die neuen blauen Uniformröcke und Mäntel, sowie die schwarzen Uniformhosen werden bis dahin in so ausreichender Zahl fertiggestellt sein, daß jeder Schutzpolizeibeamter zum mindesten mit einer Garnitur ausgerüstet werden kann. Die grünen Uniformen werden im Innendienst aufgetragen werden. Im übrigen ändert sich an der Ausrüstung und Bewaffnung der Schutzpolizei nichts.

Wie es den Landwirten bei Kommunistenputschen ergeht.

Eine Warnung für kommende Zeiten.

Mitte August 1923 fanden in mehreren Dörfern der Provinz Sachsen Lebensmittelunruhen statt. Arbeiter des Kaliwerkes B. rotteten sich zusammen, zogen auf die benachbarten Dörfer und verlangten, verstärkt durch Frauen und Männer der Ortschaft, von den Landwirten Lebensmittel, von den Kaufleuten und Händlern Waren zu herabgesetzten Preisen. Die vorhandenen Landjäger waren der großen Menge gegenüber machtlos, jede Staatsautorität war völlig ausgeschaltet. Am 14. August kam eine große Menge auch nach dem Dorfe B., drang in die Gehöfte ein und nahm mit, was sie fand. So drang ein Haufe auch in das Gehöft des Landwirts H. ein und trieb trotz des Widerspruches seiner allein anwesenden Frau einen 6½ Zentner schweren Ochsen weg. Dieser wurde zu dem Schlächter R. gebracht, den man zwang, ihn zu schlachten; das Fleisch wurde unter die Arbeiter verteilt zum Preise von 130 000 Mark Papiergeld für das Pfund.

Der Erlös von 30 Millionen Mark Papiergeld wurde dem Landwirt ausgehändigt, der dadurch einen Schaden von 100 Millionen erlitt, da der Ochse einen Wert von 130 Millionen hatte. Der Landwirt beantragte nun bei dem Ausschusse zur Feststellung der Entschädigungen für Aufruhrschäden zu M., ihm Ersatz dieses Schadens zu bewilligen. Der Schlächter R. bestätigte die Angabe des Landwirts über den Wert des Ochsen und gab zu, daß er dessen Fell, das einen Wert von 25 Millionen Papiergeld gehabt habe, als Pfand behalten habe für die Bezahlung von 15 Millionen Papiermark für seine Arbeit und Hergabe der Geräte beim Schlachten. Trotz alledem wurde der Antrag des Landwirtes abgelehnt, weil die im Tumultschadengesetz bestimmten Voraussetzungen nicht vorlägen. Der Zubilligung eines Schadenersatzes stehe nämlich die Bestimmung des § 2 des Gesetzes in der Fassung der Verordnung vom 8. Januar 1924 entgegen, wonach ein Anspruch auf Entschädigung nur gegeben sei, wenn und soweit ohne solche das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet sei. Eine solche Gefährdung liege aber nicht vor, denn der Landwirt H., dessen Familie nur aus Frau und einem Kinde besteht, sei Eigentümer eines hypothekenfreien und auch sonst schuldenfreien Ackergutes von etwa 40 Morgen.

Bei dem Werte einer solchen Besitzung (und dem zu ihr gehörigen toten und lebenden Inventar) sei es aber für das wirtschaftliche Bestehen des Besitzers ganz unerheblich, ob er 50 bis 60 Goldmark — und mehr könne man ihm nicht zubilligen — mehr oder weniger im Vermögen habe. —

So geht es den Landwirten, wenn sie den Besuch jener Leute bekommen, die der Oberste der Polizeigewalt in Preußen, Herr Minister Severing, mit mildem Lächeln als „politische Kinder" zu bezeichnen pflegt. Formell ist zwar eine Beschwerde des H. beim Reichswirtschaftsgericht noch möglich, doch ist diese so gut wie aussichtslos wegen der für den Betroffenen äußerst ungünstigen Fassung des Tumultschadengesetzes vom 8. Januar 1923, das tatsächlich den Nachweis der Gefährdung des wirtschaftlichen Bestehens verlangt.

Dieser Vorgang zeigt also, wie schwer, wenn nicht unmöglich es für die Landwirte ist, zu ihrem Recht und zum Ersatz des ihnen zugefügten Schadens zu kommen und wie wichtig es ist, daß sie Vorsorge treffen, um die Wiederkehr solcher ungesetzlichen Zustände zu verhindern. Notwendig ist aber auch, daß dieses völlig ungenügende Gesetz zugunsten künftig Geschädigter und im Interesse der Volksernährung bald anders wird.

Wetterbericht der Wetterwarte Ilmenau.

Ein Ausläufer des nördlichen nach Osten abziehenden Tiefdruckgebietes hat unseren Bezirk überquert und geringe Niederschläge verursacht. Eine schmale Hochdruckzunge erstreckt sich heute bis zur Schweiz und wird noch im Laufe des Tages Aufheiterung hervorrufen, doch stehen weitere Störungen noch immer in Aussicht.

Voraussage für Donnerstag. Teilweise heiter, vorübergehende geringe Regenfälle, Temperatur wenig verändert.

Lillis Vergeltung.

Roman von M. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1919 by Lit. Bur. M. Lincke. Dresden 21.

46. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Da Konradin Verwandte nicht besaß, hatte er flüchtig daran gedacht, für den Fall, daß er nicht wiederkehren sollte, Stempel zum Vormund seines Sohnes zu ernennen; doch ließ ihn dessen nahe Verbindung mit der Böhmerschen Familie und auch die Wahrscheinlichkeit, daß er gleichfalls ins Feld berufen worden sei, davon Abstand nehmen. Er besprach demnach alles mit Fräulein von Schöbert und machte sie mit den Wünschen und Bestimmungen, welche er in seinem Testament bei Gericht niedergelegt hatte, bekannt. Natürlich war auch ihr selbst darin für ihre gegenwärtige und zukünftige Mühe reiche Entschädigung zugesichert, und das bildete für sie die Hauptsache.

Nachdem Konradin also sein Haus bestellt, kam der schwere Abschied von seinem Knaben. Ja, er war hart und schwer!

Man hatte dem Kleinen nur von einer kurzen Reise des Vaters gesprochen. Es war aber trotzdem, als ahnte er den furchtbaren Ernst des Augenblicks, die Todesgefahr, in die sein Vater ging; denn er hielt weinend mit aller Kraft dessen Hals umklammert und mochte sich gar nicht trösten lassen. Konradin selbst wollte das Herz brechen. Am liebsten hätte er ihn mit sich genommen in den Tod! Denn welche Zukunft harrte seines Kindes, wenn er fiel? Es hatte ja außer ihm keinen Menschen auf der Erde, der es liebte! Stand ganz allein, eine Waise, so jung, so verlassen, führerlos im Strom der Welt!

Dreimal noch, nachdem er Abschied genommen, kehrte er zurück, seinen Knaben unter Tränen, deren er sich nicht schämte, noch einmal zu küssen, zu umarmen. Und im Eisenbahnzuge aber ihn dem Feinde entgegentrug, verfolgte ihn noch das schmerzliche Weinen seines Kindes und zerriß ihm das Herz, das Weinen seines Kindes, welches er einsam und ohne Liebe in der Welt zurückließ; denn eine düstere Ahnung sagte ihm, daß er es nicht wiedersehen würde.

Die verheerende Russenflut hatte sich über zahlreiche Städte und Dörfer des unglücklichen Ostpreußen ergossen. Sie bestand nicht aus regelrechtem russischen Militär, halbwegs anständigen Soldaten, sondern aus Kosaken, dieser berüchtigten Horde von Mordbrennern und Brandschätzern. Wo sie eindrangen, säten sie Tod und Verderben. Zerstampfte Kornfelder, vernichtete Gärten, in Asche gelegte Gehöfte, verkohlte schwarze Baumgerippe, die ihre Aeste gleich anklagenden Händen zum Himmel streckten, gaben Zeugnis von der roten Zerstörungswut der Barbaren. Was von dem Vieh nicht mitgenommen werden konnte, wurde getötet oder verbrannt. Ja, selbst die Haustiere, Katzen und Hunde, wurden nicht verschont: sie lagen mit den Pferden und Rinderkadavern verendet umher, von gierigen Krähen umkreist: ein grauenhafter Anblick.

Den blühenden Städten ergina es nicht besser als dem offenen verwüsteten Land. Auch sie wurden zu Trümmerhaufen gemacht. Bei ihrem Abzug hinterließen die Kosaken fast überall ein Durcheinander zerglühter Mauern, schwarzer, schwelender Balken, formloser Steinmassen, aus welchen Oefen, verbrannte und zerbrochene Türen und Fenster herausragten. Dermaßen hatten die Unmenschen das Innere der Gebäude zu Schutt und Staub verwandelt. Selten erblickte man einmal an den äußersten Ausläufern der Straßen ein paar unversehrte Häuser, die von den abziehenden Mordbuben übersehen worden waren.

Schlimmer fast noch als mit ihrem Eigentum wurde mit der unglücklichen ländlichen und städtischen Bevölkerung verfahren. Was von ihr nicht rechtzeitig hatte fliehen können, wurde mit Kolbenstößen und Knutenhieben zusammengetrieben und mitgeschleppt nach den russischen Ebenen, um entweder vor Hunger und Erschöpfung am Wege zu sterben oder in Sibirien eine traurige Gefangenschaft zu finden.

Solches war fast ohne Ausnahme das furchtbare Los der von den Kosaken überfallenen Ortschaften und ihrer Einwohner. Ja, noch schlimmer lauteten vielfach die Schilderungen, welche glücklich Entronnene von ihrer mißhandelten Heimat, ihren geopferten Angehörigen überbrachten.

Das Landstädtchen Niedenstein war in seiner versteckten, abgelegenen Ecke an der Grenze wie durch ein Wunder bis jetzt verschont geblieben. Die Schreckenskunde von den verübten Greueln der Kosaken in der Provinz hatte sich jedoch auch hier verbreitet und namenlose Angst und Furcht vor den entmenschten Banden entfesselt. An jedem Tage, ja, zu jeder Stunde konnten sie auch die wehrlose kleine Stadt heimsuchen und vernichten und seine Einwohner verschleppen oder gar morden, wie sie es in vielen anderen unglücklichen Ortschaften getan hatten.

„Rette sich wer kann!" hieß daher die verzweifelte Losung der Niedensteiner. Noch war der Bahnhof draußen vor dem Städtchen frei vom Feinde, dieser einzige Ausweg nicht abgeschnitten; noch konnte man also fort, nach Westpreußen oder weiter südwärts fliehen. Wie ein Fieber ergriff es die vor Angst halb wahnsinnigen Leute, und mit aller Hast wurden die Vorbereitungen zur Flucht getroffen.

Bald hielt in der Gegend, wo die ärmere Bevölkerung wohnte, fast vor jedem Hause und Häuschen ein Geschäfts-, Handels- oder Leiterwagen, je nach den Mitteln und dem Stand der Leute mit Pferden, Ochsen oder Hunden bespannt. Darunter mancher kleiner Karren nur mit Vätern und Söhnen angeschirrt. Was sie nur irgend tragen konnten, schleppten die Familienmitglieder aus den Wohnungen herbei. Einzelne Möbel, große Bettenbündel, Küchen- und Hausrat. Zuletzt wurden die Alten und die Kinder noch aufgeladen, und dann ging es in aller Eile fort, dem Bahnhof zu.

Aber die wenigen, durch den Krieg noch dazu sehr unregelmäßig verkehrenden Züge mit ihrer beschränkten Wagenzahl waren dem ungeheuren Ansturm der Flüchtenden mit dem Riesengepäck fast aller ihrer beweglichen Habe nicht gewachsen, und verzweifelt mußten die meisten zurückbleiben und sich auf Stundenlanges Warten gefaßt machen, um dann wieder die Wagen des Eisenbahnzuges zu stürmen, die trotzdem abermals nur einen kleinen Teil von ihnen aufzunehmen imstande waren; in ihrer zerzehrenden Seelenangst vor den Feinden eine ihre Kräfte weit übersteigende harte Geduldsprobe.

Der tauerten sie in der kahlen Vorhalle des Bahnhofsgebäudes auf den Bänken, an den Tischen und auf dem bloßen Fußboden neben ihren Bettenbündeln, Koffern und anderem Gepäck mit brennenden Augen nach der Richtung starrend, von wo nach langem, langem Harren der heißersehnte Zug kommen sollte, um sie mitzunehmen nach dem rettenden Westen.

Draußen, am Bahnhof vorbei, fuhren inzwischen, so rasch es bei ihren hochbepackten Lasten gehen wollte, in endlosen Reihen die Wagen mit denjenigen dahin, die ein, wenn auch nur langsames Reisen auf der Landstraße dem marternden Warten auf dem Bahnhofe vorzogen. Ein ebenso buntes wie trauriges Bild!

Fast die ganze ärmere Bevölkerung hatte auf diese Weise Niedenstein verlassen. Die begüterten Einwohner dagegen, die Hauseigentümer, Laden- und Hofbesitzer, welche ihre Scheune, Waren und Werte, ihre strotzenden Kornmieten und gefüllten Scheunen, ihre blühenden Gärten, Felder und Wiesen, ihr reiches Heim, ihr Vieh und sonstiges Vermögen nicht im Stiche lassen konnten und wollten, beschlossen zu bleiben. Es war ja noch gar nicht gewiß, ob der Feind überhaupt kam. Auch glaubten sie nicht all das Grauenhafte, was man ihnen von ihm erzählt hatte, hielten es zum mindesten für übertrieben und meinten, ganz so böse würden die Herren Kosaken wohl nicht sein.

Der Bürgermeister, der Arzt und der Pfarrer dachten ebenfalls nicht an Flucht von ihren Posten. Sie wußten, es war ihre Pflicht, auszuharren, schon um den Bedürftigen Trost und Mut zuzusprechen und durch ihr Beispiel Beruhigung und festen Halt zu geben. Und solcher gab es genug in Niedenstein. Wer außer den beiden letzteren, hätte sonst die armen, jammernden Kranken und Siechen im Spital, die hilflosen, geängstigten Greise und Greisinnen im Gemeindehause aufrichten können? Sie wären verzweifelt, wenn ihnen diese wackeren Männer nicht Hilfe und Stütze unentwegt zur Seite gestanden hätten.

An einem Spätvormittage gegen Mitte August kam Pfarrer Waren eben von einem solchen Trostbesuch seiner Schützlinge im Krankenhaus und Altersheim. Gerade schritt er über den Marktplatz an dem bescheidenen Rathaus vorbei, um in die Kirchenstraße, die ihren Namen von den schönen Obstbäumen herleitete, mit denen sie dicht bepflanzt war, einzubiegen — denn sie führte bis hinauf zu dem sanften Hügel vor der Stadt, auf dem die uralte Ordenskirche und in deren Nähe das Pastorat belegen war —, da erblickte er vor dem stattlichen Wohnhause des Bürgermeisters zu seiner Verwunderung einen großen braunen Kraftwagen, in Niedenstein noch sehr seltenes Gefährt, und daneben den gestrengen Stadtregierenden selbst, der mit dem Führer eifrig unterhandelte (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240807016/fragment/page=0002